

Antrag

der Abgeordneten Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), Doris Barnett, Klaus Barthel, Martin Dörmann, Ingo Egloff, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Rolf Hempelmann, Ute Kumpf, Manfred Nink, Thomas Oppermann, Wolfgang Tiefensee, Andrea Wicklein, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Chancen nutzen – Vorsorgende Wirtschaftspolitik jetzt einleiten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland verschlechtern sich. Zwar ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr dank eines starken ersten Quartals noch um 3 Prozent gewachsen. Der wirtschaftliche Aufschwung hat jedoch weitestgehend im ersten Halbjahr 2011 stattgefunden, denn seit dem zweiten Halbjahr trübt sich die konjunkturelle Lage zunehmend ein. Für das Schlussquartal 2011 hat das Statistische Bundesamt aktuell sogar ein Minus im Wachstum von 0,25 Prozent errechnet, im ersten Quartal dieses Jahres dürfte sich der Rückgang nach Ansicht der Wirtschaftsforschungsinstitute weiter verstärken. Für das laufende Gesamtjahr muss von einem Stillstand des Wachstums ausgegangen werden; einige Wirtschaftsforschungsinstitute sehen Deutschland sogar bereits am Rande einer Rezession. Insgesamt sind die Prognosen von großer Unsicherheit geprägt und stehen unter dem Vorbehalt, dass die Krise im Euro-Raum nicht eskaliert. Die größte Herausforderung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist derzeit die Stabilisierung des Euro-Raums.

Deutschland befindet sich dabei in einer besonderen Lage: Einerseits ist Deutschland ein Eckpfeiler ökonomischer Stärke in Europa. Andererseits ist die exportabhängige deutsche Wirtschaft aber auch stärker gefährdet als die anderer Länder. Dabei ist die wirtschaftliche Lage Europas der größte Risikofaktor für die deutsche Wirtschaft: 60 Prozent der deutschen Exporte gehen nach Europa, nur 6 Prozent nach China. Es kann Deutschland auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht.

Die Abwärtsspirale aus Rezession, Verschuldung, schlechten Ratings und Refinanzierungsproblemen droht die Eurozone in Schieflage zu bringen. Auf wichtigen Märkten geht die Nachfrage zurück – auch und gerade für deutsche Industriegüter: So sind Ende vergangenen Jahres die Auftragseingänge in der Industrie empfindlich eingebrochen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung versagt bei der Bewältigung der Krise in Europa. Sie hat durch ihre Verzögerungs- und Hinhaltetaktik auf europäischer Ebene dazu beigetragen, dass die Unsicherheit an den Märkten ständig gestiegen ist. Sie hat nicht wahrhaben wollen, dass die Wachstumsschwächen anderer Länder ein exportabhängiges Land wie Deutschland besonders stark treffen. Jetzt wird deutlich, dass aus den Unsicherheiten und Risiken in Europa Gefahren für die deutsche Konjunktur erwachsen.

Eine gleichermaßen gedämpfte Entwicklung ist bei der Inlandsnachfrage zu erwarten: Die Binnenwirtschaft in Deutschland bleibt weit unter ihren Möglichkeiten und trägt zu wenig zu einem nachhaltigen Wachstumspfad bei, auch wenn sie sich 2011 etwas positiver als bisher entwickelt hat. Die Schwäche der Binnenwirtschaft war in den letzten Jahren die Kehrseite der deutschen Exportabhängigkeit. Deshalb muss die hohe Abhängigkeit von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes durch eine gezielte Stärkung der Binnennachfrage flankiert werden. Ein Schlüssel sind Innovationen und Investitionen. Investitionen schaffen Arbeitsplätze, sorgen für zusätzliches Einkommen, beleben die Binnennachfrage und sichern die Wissensbasis unserer Volkswirtschaft. In Deutschland herrscht ein Investitions- und damit Innovationsstau. Deshalb braucht das Land eine Investitionsstrategie. Ein moderner industrieller Sektor im Zusammenwirken mit einem leistungsfähigen Dienstleistungssektor ist die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung ist ein Investitionshemmnis. Durch ihre konzeptionslose Zick-Zack-Politik, durch handwerkliche Fehler, sei es beim Atomausstieg, der Solartechnologie oder der energetischen Gebäudesanierung, verhindert sie Investitionen. Deutschland braucht für die Umsetzung der Energiewende endlich einen Masterplan, der mit Nachdruck zügig abzuarbeiten ist. Unternehmen können zu Recht von der Politik langfristige Planungssicherheit und Verlässlichkeit als Grundlage für ihre Investitionsentscheidung erwarten. Dazu gehört eine verlässliche Energiepolitik zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Bundesregierung jedoch verspielt die Chancen, die die Energiewende bietet. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage kritisiert in seinem Jahresgutachten 2011/2012, „die energiepolitischen Weichenstellungen des Jahres 2011 lassen jedoch bislang eine überzeugende Einbettung des nationalen Energiekonzeptes in einen europäischen Kontext vermissen.“

Die Bundesregierung vernachlässigt die Haushaltskonsolidierung, indem sie für die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2016 bewusst den am wenigsten ehrgeizigen Konsolidierungspfad gewählt hat, gegen den ausdrücklichen Rat der Bundesbank und nahezu aller namhaften Ökonomen. Risiken im Finanzplan werden verschwiegen und verschleiert, statt jetzt Kraft für entschlossenes konjunkturelles Gegensteuern aufzubauen, werden unsinnige Steuersenkungen auf Pump angekündigt. Dabei folgt die Bundesregierung einer einseitigen Steuersenkungsideologie. Die angekündigten Steuersenkungen reißen neue Löcher in die öffentlichen Haushalte und führen bei Gering- und Durchschnittsverdienern zu keinen oder kaum spürbaren Entlastungen. Kritik kommt auch vom Sachverständigenrat, der eine Gegenfinanzierung durch Korrekturen auf der Ausgaben- oder die Streichung von Steuervergünstigungen fordert. Statt ungedeckter Entlastungsversprechungen braucht Deutschland solide Staatsfinanzen. Dazu hat die SPD ein Finanzierungskonzept vorgelegt, mit dem die Einnahmehemmnisse erweitert werden und diese Mittel gezielt für einen Pakt für Bildung und Entschuldung eingesetzt werden sollen. Neben Mitteln für Zukunftsinvestitionen wird so auch der wachsenden Ungleichheit in Deutschland entgegengewirkt. Die Bundesregierung gefährdet mit ihrer Politik Deutschlands Handlungsfähigkeit, für den Fall einer sich weiter abschwächenden Konjunktur notwendige Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Dazu kommen die Refinanzierungsprobleme im Bankensektor, der sowohl die Verschlechterung der Bonität der staatlichen Schuldner sowie zusätzliche Regulierungsanforderungen verkraften muss. Banken parken Liquidität bei der Europäischen Zentralbank statt Investitionsprojekte zu finanzieren. Es besteht die Gefahr, dass sie ihre Bilanzen reduzieren und weniger Kredite vergeben. Die deutsche Industrie warnte zu Jahresbeginn wegen der anhaltenden Probleme von Banken in der Euro-Schuldenkrise vor Engpässen bei der Kredit-

versorgung und befürchtet, dass vor allem mittelständischen Unternehmen sowie kleinen Unternehmen die Kreditlinien gekappt werden.

Funktionsfähige Finanzmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft und zentrale Voraussetzung für Investitionen. Es gilt, die Finanzmärkte so wirksam zu regulieren, dass sie ihrer Dienstleistungsfunktion für die Realwirtschaft wieder gerecht werden können. Sowohl zwischen den die Bundesregierung tragenden Fraktionen als auch innerhalb der Union bestehen nach wie vor fundamentale Differenzen über die Einführung bzw. Ausgestaltung einer Finanztransaktionssteuer. Die fortwährenden Streitereien machen jede Initiative Deutschlands in Europa unglaubwürdig und lähmen die Handlungsfähigkeit der Regierung.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung sorgt nicht für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Sie verweigert sich, den längst überfälligen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, unternimmt nichts, um den Missbrauch in der Leiharbeit wirksam zu bekämpfen und strebt die Ausweitung von prekärer und ungesicherter Arbeit an. Ihre Politik beschleunigt die Spaltung des Arbeitsmarktes. Deutschland braucht eine Arbeitsmarktpolitik, die Chancen eröffnet und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle ermöglicht. Nur so kann der Fachkräftebedarf der Zukunft gesichert und das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland erreicht werden. Die Kürzung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik ist der falsche Weg. Mit der Fernhalteprämie von Frauen am Arbeitsmarkt („Betreuungsgeld“) schlägt die Koalition einen rückwärtsgewandten Weg ein, der zu Recht auch von der Wirtschaft kritisiert wird.

Angesichts der konjunkturellen und strukturellen Herausforderungen kann sich Deutschland einen wirtschaftspolitischen Stillstand nicht leisten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich in den letzten zwei Jahren vorwiegend mit sich selbst beschäftigt. Sie hat sich auf einer guten Konjunktur ausgeruht und die Früchte der Arbeit ihrer Vorgängerregierungen geerntet. Das Ineinandergreifen von Finanzkrise, Staatsfinanzierungskrisen, Rezessionsgefahr und ökonomischer Ungleichgewichte in Europa erfordert eine umfassende Strategie. Angesichts der realwirtschaftlichen Ursachen und Auswirkungen der Krise brauchen wir eine aktive und vorsorgende Wirtschaftspolitik, damit Deutschland und Europa auf einen höheren Wachstumspfad kommen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen,
 - dass Europas Krise mit einem „Industriellen Erneuerungsprogramm“ für Europa (European Industrial Recovery Program) beantwortet wird, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt zu stärken. Ziel sind Investitionen in die industrielle Modernisierung und in Forschung und Entwicklung, um die Stärken der jeweiligen Länder zu stärken. Dazu gehört auch der Ausbau der europäischen Energienetze;
 - dass neben Strukturreformen und Konsolidierungsmaßnahmen für die überschuldeten Mitgliedstaaten auch Wachstumsprogramme aufgelegt werden. Haushaltskonsolidierung kann nicht allein durch einseitige Ausgabenkürzung und Strukturreformen erreicht werden. Der Erfolg des europäischen Wirtschaftsmodells basiert auf der Verknüpfung von Wachstum und sozialer Sicherheit. Nur wenn dies gewährleistet ist, können Reformen gelingen;
 - endlich definitive Regelungen dafür zu vereinbaren, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut wird;
 - die Währungsunion durch tendenziell ausgeglichene Leistungsbilanzen zu stabilisieren. Dazu gehört, dass Defizitländer die Wettbewerbsfähig-

- keit ihrer Wirtschaft verbessern und Überschussländer ihre Binnennachfrage insbesondere durch Lohnsteigerungen und zusätzliche Investitionen stärken. Nur wenn das zu starke Auseinanderdriften der Volkswirtschaften in der Währungsunion verhindert wird, kann ein starker gemeinsamer europäischer Markt im globalen Wettbewerb bestehen;
- die Finanztransaktionssteuer unverzüglich umzusetzen, in einem ersten Schritt zumindest zwischen den Staaten des Euro-Raums. Eine Umsatzsteuer nicht nur auf Industrieprodukte und Dienstleistungen, sondern auch auf Finanzprodukte sollte genutzt werden, um u. a. ein Wachstumsprogramm für Europa ohne neue Schulden finanzieren zu helfen;
 - eine gezielte Investitionsstrategie zur nachhaltigen Stabilisierung der Konjunktur vorzulegen, die vor allem folgende Punkte beinhaltet:
 - ein Impulsprogramm für Investitionen zur Modernisierung der Verkehrs-, Energie und Telekommunikationsinfrastruktur sowie eine Beschleunigung von Infrastrukturinvestitionen des Bundes und der Länder durch Planungsrecht und verkürzte (Teil-)Ausschreibungen;
 - Investitionen in Bildung und Qualifizierung, um die Fachkräftebasis dauerhaft zu sichern und Vollbeschäftigung zu erreichen;
 - Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovationen, um mit einer Intensivierung der Forschungsausgaben Wissen, Innovationen und Erfindungsreichtum als eine wesentliche Grundlage für wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Dazu gehört eine Innovationsstrategie für den Mittelstand, die insbesondere die Förderung der Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung – additiv zur Projektförderung – durch die Einführung von Steuergutschriften („tax credits“) beinhaltet;
 - eine dauerhafte Stärkung der kommunalen Investitionskraft;
 - unverzüglich einen Masterplan für die einzelnen Schritte der Energiewende für einen zielgerichteten Umbau des Energiesystems hin zu einem sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energiedienstleistungssystem vorzulegen;
 - auf ungedeckte Steuersenkungen zu verzichten und stattdessen für solide Staatsfinanzen zu sorgen. Die Absenkung der Neuverschuldung und die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen müssen den Vorrang vor einer Tarifsenkung in der Einkommensteuer haben;
 - Vorsorge zu treffen, für den Fall einer massiven Verschlechterung der Kreditversorgung von Unternehmen, etwa durch eine Neuauflage des Wirtschaftsfonds Deutschland;
 - umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde in Deutschland einführt. Dadurch erzielt der Bund Mehreinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer. Die sich ergebenden Zweitrundeneffekte durch Mehreinnahmen bei Verbrauchssteuern und erhöhtem Konsum führen zu weiteren Mehreinnahmen;
 - einen Gesetzentwurf vorzulegen, der so gefasst ist, dass die Sonderregelungen zum erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld als dauerhaftes Instrument der Arbeitsmarktpolitik so zur Verfügung stehen, dass sie durch die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bei Bedarf kurzfristig in Kraft gesetzt werden können.

Berlin, den 17. Januar 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion